

Bonn, ein starkes Zuhause für Alle

Wahlprogramm der Bonner SPD zur Kommunalwahl 2025

In Bonn leben mehr als 300.000 Menschen, die jeden Tag hier lernen, arbeiten, einkaufen, ihre Kinder in die Kita bringen oder selbst zur Schule oder in die Ausbildung gehen, sich um ihre Angehörigen oder Nachbarn kümmern und sich hier in Vereinen, Initiativen und Verbänden organisieren. Für alle soll Bonn ein starkes Zuhause sein.

Dazu hat Bonn die besten Voraussetzungen: Wir haben eine starke Stadtgesellschaft, die sich in vielen Bereichen engagiert. Wir sind Standort zahlreicher Bundesministerien und Bundesbehörden und großer Arbeitgeber. Wir sind eine internationale Stadt als Sitz der Vereinten Nationen und zweier exzellenter Hochschulen. Wir sind Heimat für Menschen aus vielen Ländern. Doch immer wieder wird auch deutlich: Die Unterschiede in Bonn sind groß.

Dabei haben die Bonner*innen oft die gleichen Fragen, vor denen sie in ihrem Alltag stehen: Wie kann ich mir ein gutes Zuhause in Bonn leisten? Wie kann ich den Weg zur Arbeit bewältigen? Wie schaffe ich die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf? Und welche Angebote gibt es in unserer Stadt für Kinder und Jugendliche? Welche Unterstützung erhalte ich bei der Pflege meiner Angehörigen? Wie kann ich mir auch im Alter mein Leben in Bonn leisten? Wie gestalten wir Klimaschutzmaßnahmen, die sozial gerecht sind und den Menschen nutzen?

Unser Anspruch ist es, auf diese Fragen überzeugende Antworten zu geben. In den letzten fünf Jahren haben wir in einer Koalition vielfach Akzente gesetzt, um junge Menschen zu unterstützen, Familien den Rücken zu stärken, Berufstätige zu entlasten und allen ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen. Oft ist uns das gelungen, doch in der Koalition mussten wir auch immer Kompromissbereit sein. Der ständige Blick zurück und das Verharren in der Vergangenheit weiter, wie es einige in unserer Stadt politisch fordern, helfen jedoch auch nicht weiter.

Wir stehen für eine Politik, die die Probleme unserer Stadt sieht, anpackt und löst. Wir wollen Bonn gut für die Zukunft aufstellen. Dieser Anspruch findet sich auch in diesem Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2025 wieder. Wir stellen die Menschen in unserer Stadt und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt unserer Politik und machen deutlich, wie wir für junge Menschen, Familien, Berufstätige und Senior*innen das Leben in Bonn gut gestalten. Wir kämpfen für eine Politik, die für alle Bonner*innen spürbare Verbesserungen ihres Alltags mit sich bringt.

Deswegen müssen wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen: Wir wollen den Ausbau von Kitas und OGS-Betreuung priorisieren, damit Berufstätige Arbeit und Familie miteinander vereinbaren können. Wir wollen gute Schulen und gute Jugendangebote, damit unsere Jugend eine gute Zukunft hat. Wir wollen mehr bezahlbare Wohnungen bauen, damit sich alle ein Zuhause in Bonn leisten können. Und wir wollen unsere Veedel stärken, damit auch im Alter gute Nachbarschaft und gute Pflege das Altwerden in Bonn einfacher machen. All das ist der Kern unseres Wahlprogramms und unsere Vision von Bonn: Ein starkes Zuhause für alle!

Inhaltsverzeichnis

Für ein Bonn, das Familien den Rücken stärkt	3
Für eine Stadt, in der Familien gut wohnen können	3
Für eine Kinderbetreuung, die den Bedarfen gerecht wird	5
Für ein gutes Bildungsangebot, das alle fördert	6
Für eine Stadt, die junge Menschen im Blick hat	7
Für ein Bonn, das Berufstätigen den Alltag leichter macht	10
Für ein Zuhause, das man sich leisten kann	10
Für eine Verkehrspolitik, die alle im Blick hat	10
Für eine Stadtverwaltung, die gute Arbeit sicherstellt	13
Für ein Bonn, das starker Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort bleibt	13
Für ein Bonn, das ein gutes Leben im Alter ermöglicht	16
Für ein Veedel, in dem ein gutes Leben möglich ist	16
Für Beratung, die in jedem Alter unterstützt	16
Für Wohnraum, der auch im Alter bezahlbar ist	17
Für eine Gesundheitsversorgung die alle Bedarfe abdeckt	17
Für Gesundheit, die für alle da ist	18
Für ein Bonn, das uns zusammenhält	19
Für eine Stadt, die sicher und sauber ist	19
Für ein Kultur- und Sportangebot, das alle erreicht	20
Für eine Kulturpolitik, die alle erreicht	21
Für einen Klimaschutz, der für alle bezahlbar bleibt	23
Für ein Bonn, das weltoffen und international vernetzt bleibt	24
Für eine Stadt, in der alle Menschen teilhaben können	24
Für ein Bonn, das funktioniert	27
Für eine Verwaltung, die digital und gut erreichbar ist	27
Für Politik, die allen Mitsprache und Mitwirkung ermöglicht	28
Für eine Haushaltspolitik, die den Zusammenhalt sicherstellt	28
Für euch! Unsere Ziele für das junge Bonn (Jugendwahlprogramm)	29
Für genug Wohnraum	29
Für mehr Teilhabe durch gute Anbindung	29
Für Bonn als Klimastadt	30
Für moderne Schulen	30
Für die Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit	31
Für junge Kultur in Bonn	31
Für mehr Demokratie und Mitbestimmung	32

Für ein Bonn, das Familien den Rücken stärkt

Bonn muss eine Stadt sein, in der Familien und andere Lebensgemeinschaften sich wohlfühlen und in der jedes Kind, jede junge Person und jede Familie die bestmöglichen Bedingungen für ein gutes Leben vorfindet. Für uns als Bonner SPD steht fest: Eine starke Familie braucht starke Unterstützung – durch gutes Wohnen, gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, vielfältige Freizeitangebote und eine starke Jugendpolitik. All diese Bereiche greifen ineinander und tragen gemeinsam zu einer lebenswerten und zukunftsfähigen Stadt Bonn bei, in der Kinder- und Familienarmut der Vergangenheit angehören."

Für eine Stadt, in der Familien gut wohnen können

- Die Siedlungsentwicklung und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum hat in erster Linie bedarfsgerecht zu erfolgen und darf nicht parteitaktisch motiviert sein. Bonn, so zeigen es die seriösen Prognosen, braucht in den nächsten Jahren dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Bei der Schaffung neuen Wohnraums ist eine gute Erreichbarkeit und Infrastrukturausstattung sowie eine den örtlichen Verhältnissen angepasste Bebauungsstruktur sicherzustellen, um flächensparend vorzugehen. Es braucht einen Schulterschluss zwischen Verwaltung und Politik sowie bspw. Architektenkammer, Investoren und Bauwirtschaft wie das Planen und Bauen in Bonn beschleunigt und insbesondere bezahlbarer Wohnraum zügiger bereitgestellt werden kann. Wir müssen Wohnraum bauen wollen.
- Bonner Familien müssen gut in Bonn wohnen können. Deshalb müssen Bauprojekte für Familien und mit gefördertem Wohnraum noch mehr Priorität erhalten. Auch die neue Stadtentwicklungsgesellschaft und die städtische Wohnungsbaugesellschaft müssen sich auf die Schaffung von familiengerechtem Wohnraum konzentrieren.
- Für mehr bezahlbare Wohnungen wollen wir den Anteil geförderten Wohnraums erhöhen: Wir wollen den Wohnungsneubau verstärken und bei neuen Baurechtschaffungen 50 % mietpreisgebundene Wohnungen bauen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Stadtverwaltung noch im ersten Halbjahr 2026 konkrete Pläne vorlegt, wie das Ziel zu erreichen ist.
- Die Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG muss in die Lage versetzt werden, ihrer Rolle als zentraler Akteur bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums noch stärker gerecht zu werden. Daher werden wir die VEBOWAG kommunalisieren und in eine städtische GmbH überführen. Zudem muss ein Programm zur Ankaufsoffensive für Bestandsimmobilien, auch des Bundes, durch die VEBOWAG aufgelegt werden, um Flächen für die Wohnraumentwicklung zu gewinnen und (bezahlbaren) Wohnraum dem Markt zu entziehen.
- Wo möglich und sinnvoll, wollen wir stärker von kommunalen Vorkaufsrechten Gebrauch machen, um Flächen und Wohnraum wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.
- Wir halten an der bisherigen Praxis fest, städtische Flächen ausschließlich in Erbpacht zu vergeben und nach Möglichkeit Flächen wieder in städtisches Eigentum zu überführen.

- Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Stadtverwaltung Potenziale für die Nachverdichtung von Wohnraum ermittelt und den Gremien zum entsprechenden Beschluss vorlegt. Die Stadt soll die Möglichkeiten der Befreiungen im Baurecht voll ausschöpfen.
- Neu zu planende Supermärkte sind immer daraufhin zu prüfen, ob sie mit Wohnraum in den oberen Etagen bzw. über Parkplätzen kombiniert werden können.
- Unbebaute oder untergenutzte Flächen müssen identifiziert und gezielt entwickelt werden, wozu die Stadtverwaltung mit der endlich ins Werk gesetzten Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) eine zentrale Koordinierungsstelle für Flächenentwicklung geschaffen hat. Die SEG muss gemeinsam mit der VEBOWAG zum strategischen Akteur einer gesamtstädtischen Wohnraumstrategie werden.
- Langwierige Genehmigungsprozesse dürfen kein Hemmschuh für die Schaffung von neuem Wohnraum sein. Wir fordern bei bestehendem Baurecht eine Genehmigungsdauer von maximal 6 Monaten für Wohnungsbauprojekte, den Ausbau digitaler Antrags- und Genehmigungsverfahren zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten, die Stärkung der personellen Ausstattung des Stadtplanungsamtes und eine zentrale Anlaufstelle für Bauherren (One-Stop-Agency). Vorhaben, die dem Allgemeinwohl und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums dienen, erhalten künftig Vorrang.
- Wohnungsbaugenossenschaften, gemeinwohlorientierte Träger und Baugruppen sollen stärker in die Entwicklung von Neubauprojekten eingebunden werden. Dafür ermöglichen wir gemeinwohlorientierten Bauträgern für städtische Flächen einen vergünstigten Erbbauzins.
- Generationsübergreifende Wohnformen sollen nach Möglichkeit in geeigneten Neuwohnbauprojekten realisiert werden.
- Mieter*innen müssen vor spekulativen Mieterhöhungen geschützt werden. Wir setzen uns weiterhin ein für die regelmäßige Fortschreibung eines qualifizierten Mietspiegels, für das kommunale Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum, die konsequente Kontrolle und Regulierung von Kurzzeitvermietungen über Plattformen wie AirBnB und die Etablierung und Durchsetzung von Milieuschutzsatzungen.
- Eine moderne Stadtentwicklung geht über den Wohnbau hinaus. Wir setzen uns für klimafreundliche und soziale Quartiersentwicklungen ein, mit innovativen Mobilitätskonzepten (z. B. autoreduzierte Quartiere) und energetischer Sanierung der Bestandsbebauung, die Mieter*innen nicht zusätzlich belastet.
- Die Instrumente des Baurechts, die Grundstückseigentümer zur Bebauung brachliegender Flächen zwingen, wollen wir offensiver nutzen.
- Eine moderne Wohnungspolitik muss einen gesonderten Fokus auf Nachhaltigkeit setzen und eng mit Klimapolitik verwoben sein. Bei Neubaugebieten denken wir eine lokale Nahwärmeversorgung (Biomasseheizwerk durch regenerative Energien) oder kalte

Nahwärme mit. Deshalb wollen wir sozialgerechte Programme wie smarte Heizthermostate für Inhaberinnen und Inhaber des Bonn-Ausweises fortführen.

- "Das Bonner Förderprogramm für Balkonkraftwerke wollen wir wieder auflegen, um allen die Teilhabe an günstigem Solarstrom zu ermöglichen"). Die Förderung soll an ein Haushaltseinkommen gekoppelt werden, das sich an den mittleren Stufen der Kita-Beiträge orientieren wird. Bonn-Ausweis Inhaber*innen erhalten 90% Förderung, jedoch maximal 500 EUR. Soweit möglich, unterstützen wir Mieterstrommodelle und Modelle des Energy Sharing, damit möglichst viele Menschen in den Genuss von günstiger Energie kommen. Wir setzen uns für eine vereinfachte Nutzung und einen beschleunigten Ausbau von Solaranlagen, Wärmepumpen und Elektromobilität ein. Um Elektromobilität in Bonn attraktiver zu machen, erarbeiten wir ein Konzept für den strategischen Ausbau einer Ladeinfrastruktur, welches besonders in Wohngebieten und in der Nähe von Einkaufsgebieten Möglichkeiten des kostengünstigen Ladens schafft. Dabei spielen die Stadtwerke Bonn eine zentrale Rolle.
- Wir wollen klimafreundliche Wärmetechnologien, die für alle Haushalte verfügbar und erschwinglich sind. Die kommunale Wärmeplanung soll transparent und für alle zugänglich und verständlich sein. Damit schaffen wir Vertrauen in die Wärmewende. Wir sorgen dafür, dass die SWB in der Fernwärmeversorgung keine überhöhten Preise verlangen. Die Fernwärme als ökologisch sinnvolle Wärmequelle muss preislich konkurrenzfähig sein, auch um die Bürgerinnen und Bürger bei der Wärmewende nicht über Gebühr zu fordern und auch Haushalte mit geringem Einkommen zu schützen.

Für eine Kinderbetreuung, die den Bedarfen gerecht wird

- Wir bekennen uns zu einem öffentlich durch das allgemeine Steueraufkommen finanzierte gebührenfreien Bildungsangebot von der Kita bis zur Hochschule und bis zum Meister und setzen uns dafür auf allen Ebenen ein.
- Betreuungszeiten müssen an die Bedarfe der Familien, etwa bei Schichtarbeit, angepasst werden, insbesondere bei Alleinerziehenden.
- Wir wollen eine Betreuungsgarantie, damit sich Eltern auf die Kinderbetreuung verlassen können. Auch während der Ferien wollen wir sicherstellen, dass es ausreichend Betreuungsangebote gibt und Ferienprogramme ausbauen.
- Zur Einhaltung der Betreuungsgarantie müssen die personellen Kapazitäten in Kitas massiv ausgebaut werden:
 - Mit einer verbesserten Personalwerbung und -bindung in Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften. Dafür muss der Eigenanteil bei privaten Ausbildungseinrichtungen übernommen sowie Ausbildungsplätze der städtischen Berufsschulen ausreichend ausgestattet bzw. erhöht werden. Zudem wollen wir eine vermehrte Qualifizierung von Kinderpfleger*innen vorantreiben und Qualifikationen ausländischer Arbeitskräfte leichter und schneller anerkennen.

- Mit einer gestärkten Attraktivität des Berufsfeldes. Erzieher*innen brauchen flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit von Teilzeit. Ebenso braucht es berufliche Perspektiven und Weiterentwicklung für Personal in Kitas. Überlastung und Mehrarbeit müssen durch eine hohe Anzahl von Springer*innen aufgefangen werden, nicht über Zeitarbeitsfirmen. Und es braucht zusätzliche Benefits, z.B. das Deutschlandticket für alle.
- Mit einer Fachstelle Kita/OGS, die ähnlich einer IHK für Erzieher*innen alle Akteure des Bereichs bündelt und in enger Abstimmung mit der Arbeitsagentur Personal anwirbt.
- Der Einsatz von Ehrenamtler*innen insb. Senior*innen soll durch die Freiwilligenagentur vereinfacht und gefördert werden, ohne personelle Engpässe zu kompensieren.
- Um den Betreuungsanspruch zu erfüllen, werden wir auch die räumlichen Kapazitäten erhöhen: Mit einem beschleunigten Kita-Bau und mit einer Entlastung freier Träger bei der Sanierung maroder Gebäude. Auch wenn hier das Land in der Pflicht ist, muss die Stadt Übernahmemodelle entwickeln.
- Betriebskitas sind ein zentraler Baustein für den Ausbau des Betreuungsangebots: Daher wollen wir große Arbeitgeber dazu ermuntern, Betriebskitas einzurichten. Dazu werden wir einen "Runden Tisch Betriebskita" organisieren und mit den Betrieben ins Gespräch kommen.
- Nicht nur die Kapazitäten der Betreuung müssen verbessert werden, auch die Qualität. Wir setzen uns für inklusive Kitas in Bonn mit bedarfsgerechter Integrationsassistenz ein.
- Die Angebote des Netzwerks "Frühe Hilfen" wollen wir stärken und ausbauen. Wir stellen zudem ein gutes Angebot in der Geburtshilfe sicher, z.B. indem wir uns bei den Klinikbetreibern dafür einsetzen, dass keine Kreißsäle mehr geschlossen werden. Wir bekennen uns zur Hebammenambulanz.

Für ein gutes Bildungsangebot, das alle fördert

- Zur Erfüllung des OGS-Rechtsanspruchs werden wir die baulichen und personellen Voraussetzungen schaffen und den OGS-Ausbau erheblich beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, die OGS-Betreuung beitragsfrei zu gestalten.
- Um räumliche Kapazitäten zu erhöhen, muss das Städtische Gebäudemanagement (SGB) neu aufgestellt und ertüchtigt werden: Provisorien, Raummangel, enge und Behelfsbauten sind das Ergebnis eines Investitionsstaus in Höhe von rund 1 Milliarde Euro. Deshalb müssen Neubau, Ausbau und die Unterhaltung von Kitas und Schulen in den Mittelpunkt der Arbeit des SGB rücken. Dafür soll das SGB von Aufgaben, die nicht dem Bereich Bau und Bauunterhaltung zuzurechnen sind, entlastet werden. Zudem müssen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen im SGB überprüft und optimiert sowie dem Fachkräftemangel durch besondere Angebote und Förderung begegnet werden.

- Wir werden Schule ganzheitlich als sozialen Ort in den Blick nehmen. Dafür muss Schulsozialarbeit gestärkt und die Arbeit der Fachkräfte optimiert werden. Außerdem werden wir Familienzentren an Schulen mit besonderem Bedarf einrichten ebenso wie die Rhythmisierung des Ganztags für eine gut ausgewogene Betreuung und Förderung von Kindern.
- Angebote wie das kostenlose Schulfrühstück wollen wir fortführen und ausweiten. Dabei muss eine gute Qualität des Essens gewährleistet sein.
- Wir treiben auch an Bonner Schulen eine echte Digitalisierung voran. Dazu braucht es eine gute und gut gepflegte digitale Infrastruktur ebenso wie mehr Angebote im Rahmen des "Bonneum" für einen kritischen Umgang mit Medien.
- Für gute Schulen setzen wir uns ein und wollen Lehrkräfte unterstützen, indem wir zusätzliche Integrationsassistenzen und Hausmeister*innen einstellen sowie den IT-Support vor Ort ausbauen.
- Das Prinzip "Kurze Beine, kurze Wege" bleibt für uns zentral bei der Vergabe von Grundschulplätzen, so dass Wohnortnähe prioritäres Kriterium sein soll. Wir sehen die Kritikpunkte am Konzept der Konfessionsschule und ermuntern Schulgemeinschaften dazu, die Möglichkeiten zur Umwandlung in Gemeinschaftsschulen zu nutzen.
- Wir treiben die Gründung einer 6. Gesamtschule im Bonner Westen als zusätzlichen Schulstandort weiter voran.
- Wir schaffen gute, sichere Verkehrswege und einen verlässlichen Verkehr für Schüler*innen. Querungshilfen, Zebrastreifen, Ampeln, Geschwindigkeitsreduzierungen als Elemente für einen sicheren und möglichst kurzen Schulweg nehmen wir in den Blick.
- Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Lernorten wie Museen, Bibliotheken und Vereinen. Wir wollen Kooperationsverträge zwischen der Musikschule sowie den Ganztags- und weiterführenden Schulen weiter unterstützen
- Wir werden für einen guten Übergang zwischen Schule und Beruf die Angebote zur Berufsorientierung ausbauen. Die Jugendberufsagentur als vernetzender Akteur zwischen den verschiedenen Rechtskreisen muss dabei eine zentrale Rolle einnehmen und die Beratung von Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

Für eine Stadt, die junge Menschen im Blick hat

- Jugend braucht (Frei)Räume in der Stadt. Deshalb fordern wir:
 - Mehr öffentliche Räume für junge Menschen. Es braucht Orte ohne Konsumzwang und Dauerüberwachung. Schulhöfe und Spielplätze sollen nach Schulschluss für alle Altersgruppen zugänglich sein. Zu einer guten Ausstattung von Spielplätzen gehören auch Spiel- und Sportboxen, die Angebote für alle Altersgruppen enthalten. Dafür werden wir Investitionsmittel bereitstellen.
 - Kulturelle Räume müssen sich an junge Menschen richten. Wir fördern eine Clubkultur und Freizeitangebote für junge Menschen in Bonn, die modern und

erschwinglich sind. Besonders städtische Kulturangebote müssen mehr Angebote für junge Menschen vorhalten.

- Jugendzentren müssen modernisiert und die Öffnungszeiten an die Bedarfe von jungen Menschen angepasst werden. Dafür müssen sie mit ausreichend Personal ausgestattet sein.
- Da wo Jugendorte sind, müssen sie bleiben: Wir bekennen uns zum Erhalt des Jugendzeltplatzes und anderer ähnlicher Treffpunkte
- Wir unterstützen die Ideen von Jugendlichen als Eigeninitiative, auch ohne förmlichen Zusammenschluss, z.B. auch ohne förmlichen Zusammenschluss, z.B. mit der zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten, Geldmitteln aus dem Haushalt und beim Kontakt mit der Verwaltung.
- Räume müssen erreichbar sein: Wir setzen uns dafür ein, Bus und Bahn für alle unter 18 Jahren kostenfrei zu machen, um Familien zu entlasten und jungen Menschen eigenständige Mobilität zu ermöglichen. Langfristig streben wir einen ticketlosen Nahverkehr an.
- Jugend braucht Mitsprache. Damit Bonn eine attraktive Stadt für junge Menschen ist, müssen sie in die Gestaltung der Stadt einbezogen werden. Deshalb werden wir:
 - Die Situation junger Menschen richtig in den Blick nehmen: Mit einem Jugendbericht, der auf regelmäßigen Umfragen fußt und insbesondere Jugendarmut in den Blick nimmt, einer echten Jugendhilfeplanung und dem Ausbau des Jugendförderplans.
 - Den Beirat Jugendbeteiligung zu einem echten Jugendbeirat weiterentwickeln, der auch inhaltlich Positionen vertreten kann, und darüber hinaus Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen verbindlich festschreiben.
 - Mehr Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Belangen fördern. Wir gehen als Partei voran und beteiligen junge Menschen bei unserem Wahlprogramm
- Jugend braucht Unterstützung: Wir stärken die Förderung des Ehrenamtes in Vereinen und Einrichtungen für junge Menschen.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass alle Religionen und Weltanschauungen in der Trägerlandschaft in der Bonner Jugendhilfe vertreten sind.
 - Wir wollen mehr für die Möglichkeiten eines BFD oder FSJ sowie der europäischen Förderprogramme (Erasmus+ Jugend, Europäisches Solidaritätskorps) im Jugendbereich werben. Wir setzen dazu auf einen aktiven Austausch mit unseren Partnerstädten und werden vor allem gemeinsam mit Schulen, Berufsschulen und Jugendverbänden und Vereinen Maßnahmen entwickeln, um miteinander in Kontakt zu kommen. Gleichzeitig wollen wir die Finanzierung der Jugendarbeit verbessern, um für die Beschäftigten gut bezahlte und langfristige

Arbeitsverhältnisse sicherzustellen und auch in städtischen Einrichtungen dauerhafte Arbeitsverhältnisse anstelle von Honorarverträgen sicherstellen.

Für ein Bonn, das Berufstätigen den Alltag leichter macht

Als Bonner SPD rücken wir die vielen Berufstätigen in unserer Stadt ins Zentrum unserer Politik. Wir wollen, dass sich jeder und jede das Leben in unserer Stadt leisten kann. Wir kämpfen für gute Arbeit und faire Löhne, so dass sich jeder und jede das Leben in unserer Stadt leisten kann. Deswegen kämpfen wir für bezahlbaren Wohnraum durch mehr geförderte Wohnungen und mehr Betriebswohnungen. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die keine Gräben vertieft, sondern die Belange aller gleichberechtigt im Blick hat. Und wir kämpfen dafür, dass Bonn auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen bleibt und wir uns nicht nur auf vergangenen Erfolgen ausruhen, sondern den Wirtschaftsstandort Bonn für die Zukunft aufstellen.

Für ein Zuhause, das man sich leisten kann

- Unsere Wohnbaupolitik folgt dem Ziel, dass niemand mehr als 30 Prozent des eigenen Einkommens für die Miete zahlen muss.
- Die Stadtverwaltung und die städtischen Betriebe müssen eigene Betriebswohnungen für ihre Beschäftigten bauen. Zudem wollen wir die örtliche Wirtschaft und insbesondere große Arbeitgeber sowie den Bund dazu ermuntern, verstärkt Betriebswohnungen zu bauen.
- Wir müssen Wohnheime für Studierende und Auszubildende schaffen und Wohnprojekte der Arbeitgeber für Auszubildende unterstützen.
- Wir stärken genossenschaftliches Wohnen sowie gemeinnützigen Wohnbau.
- Das Bonner Baulandmodell mit 50 Prozent gefördertem Wohnraum ist eine Erfolgsgeschichte und muss beibehalten werden.
- Wohnungskonzerne, sowohl öffentliche als auch private, müssen ihren Pflichten nachkommen. Das bedeutet, dass die Liegenschaften betreut und in gutem Zustand gehalten werden müssen. Daher gilt es hier die Wohnungsaufsicht zu stärken, um im Sinne der Mieter*innen bei schlechten Wohnbedingungen Verbesserungen zu erzielen.
- Zusätzlich wollen wir neue Wohnungsoptionen, z. B. über (städtischen Parkplätzen erschließen).

Für eine Verkehrspolitik, die alle im Blick hat

- Wir verfolgen eine Verkehrspolitik, die die Verkehrswende pragmatisch und im engen Austausch mit den Bürger*innen umsetzt. Wir wollen den Verkehrsstreit in Bonn beenden, damit der Verkehr in Bonn wieder funktioniert. Wir wissen, dass Menschen aus unterschiedlichsten Gründen auf ihr Auto angewiesen sind - für den Arbeitsweg, den Weg zur Kita oder Schule, die Einkäufe oder bei gesundheitlichen Einschränkungen. Autofahrer*innen, Radfahrer*innen oder Fußgänger*innen wollen wir nicht

gegeneinander ausspielen, sondern sinnvolle Alternativen schaffen, um allen, die können, den Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen zu ermöglichen.

- Ein zuverlässiger, bezahlbarer und barrierefreier öffentlicher Nahverkehr ist das Rückgrat einer sozialen Verkehrswende. Deswegen lehnen wir Kürzungen beim Zuschuss an die Stadtwerke ab. Bei der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans setzen wir uns für eine Verbesserung und keine Kürzung des Nahverkehrsangebotes in Bonn ein.
- Bei der Gestaltung des Bonner Liniennetzes wollen wir uns stärker für die Bedürfnisse von Pendler*innen einsetzen, etwa für mehr Querverbindungen, um eine dezentrale Verknüpfung von Stadtvierteln sicherzustellen. Zudem berücksichtigen wir bei der Erstellung der Fahrpläne die Schichtzeiten großer Arbeitgeber wie der Uniklinik.
- Für eine echte Mobilitätsgarantie auch nachts setzen wir uns für eine Verbesserung des Nachtbusnetzes und die Einführung von geförderten Nachttaxen in allen Stadtteilen ein, um vor allem Frauen und marginalisierten Gruppen sichere Heimwege zu ermöglichen.
- Wir setzen uns für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Inhaber*innen eines Bonn-Ausweises auf Basis des durch uns eingeführten Sozialtickets in Bonn ein.
- Mehr Zuverlässigkeit von Bus und Bahn müssen oberste Priorität der Bonner Verkehrspolitik sein, etwa durch mehr Bussonderspuren und Ampel-Vorrangschaltungen auf wichtigen Streckenabschnitten.
- Die Umgestaltung des Busbahnhofs (ZOB) als zentraler Umsteigepunkt für Pendler*innen muss endlich mit höchster Priorität umgesetzt werden und darf nicht durch weitere Umplanungen verzögert werden.
- Ein zuverlässiges ÖPNV-Netz braucht motiviertes Personal. Wir wollen die Personalgewinnung verstärken und zusätzliche Benefits für die Beschäftigten der SWB Verkehr (bspw. Vergünstigungen in städt. Einrichtungen, Jobrad etc.) ermöglichen.
- Die geplanten Stadtbahnprojekte Westbahn, Verlängerung der Linie 63 nach Buschdorf und die Verlängerung der Strecke nach Mehlem treiben wir prioritär voran, um mehr Bonner Stadtteile per Schiene anzubinden. Bis zu deren Fertigstellung setzen wir uns für die Schaffung von Metrobuslinien mit weniger Halten ein, um schnellere Verbindungen sicherzustellen.
- Die geplante Rechtsrheinische Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln treiben wir voran, um die Stadt Bonn besser an das Umland und nach Köln anzubinden.
- Stillgelegte Bahnstrecken wie die ehemalige Pützchens Markt-Bahn wollen wir erhalten, um sie langfristig für eine Erweiterung des bestehenden Straßenbahnnetzes nutzen zu können. Etwaige Zwischennutzungen als Radwege begrüßen wir.
- Wir stehen zu dem Projekt Seilbahn. Als nachhaltiges Verkehrsmittel ergänzt die Seilbahn durch die Rheinquerung das Bonner ÖPNV-Netz sinnvoll, entlastet die Verkehrsströme zum Uniklinikum auf den Venusberg und verkürzt die Pendelzeiten.

- Pendler*innen nach Köln leiden erheblich unter der hohen Unzuverlässigkeit der Regionalzüge. Ein Ausbau der linksrheinischen Strecke ist unerlässlich und sollte im Rahmen der Generalsanierung 2028 realisiert werden, um die Kapazitäten auf der Strecke Koblenz - Bonn - Köln zu erhöhen und die Anbindung nach Köln zu verbessern. Kurzfristig setzen wir uns dafür ein, den Takt des RE 5 in Hauptverkehrszeiten zu erhöhen. Langfristig streben wir einen 15-Minuten-Takt zwischen Köln, Düsseldorf, Bonn und Bad Godesberg an. Im Zeitraum der Generalsanierung muss dafür gesorgt werden, dass während der Sperrung der linksrheinischen DB-Strecke von Februar 2028 bis Dezember 2029 ein sehr guter Ersatzverkehr eingerichtet wird.
- Wir wollen Bonn endlich richtig ans S-Bahnnetz anschließen. Wir setzen uns für den links- und rechtsrheinischen Ausbau des Schienennetzes ein und werden uns aktiv um den Ausbau der S-Bahn-Linien 13 (Köln-Troisdorf–Beuel–Oberkassel), 17 (Köln–Mehlem) und 23 (Duisdorf–Bad Godesberg) bemühen.
- Gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis werden wir uns gegenüber der Deutschen Bahn dafür einsetzen, die Fernverkehrsankbindung von Bonn wieder zu verbessern.
- Mehr Park+Ride-Plätze bleiben ein zentrales Vorhaben, um mehr Menschen vom Umstieg auf Bus und Bahn zu überzeugen. Dazu werden wir in den äußeren Stadtteilen, im Umfeld von Autobahnabfahrten sowie in Zusammenarbeit mit den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises potenzielle Flächen für Parkhäuser prüfen.
- Für alle, die in einem Gebiet mit Parkraumbewirtschaftung ständig arbeiten, führen wir analog zum Anwohnendenparkausweis einen Beschäftigtenparkausweis ein, der zum Dauerparken während der regelmäßigen Arbeitszeiten berechtigt.
- Die Wirtschaftsparkplätze sind für Handwerk und Gewerbe von zentraler Bedeutung und wir setzen uns für deren Ausweitung ein. Die Innenstadt muss für Handwerk und Gewerbe weiterhin erreichbar bleiben und die Zufahrt zu innerstädtischen Adressen muss für diese Gruppen uneingeschränkt sichergestellt werden.
- Mit den Betreibern von Supermärkten in der Stadt wollen wir Absprachen treffen, inwiefern deren Parkplätze nach Ladenschluss durch Anwohnende genutzt werden können.
- Bei der Radinfrastruktur gilt es in den nächsten Jahren, neuralgische Punkte und den Aspekt Sicherheit verstärkt anzugehen. Wir setzen uns dafür ein, insbesondere an gefährlichen Stellen Rad- und Autoverkehr möglichst baulich zu trennen. Die häufig gemeinsame Nutzung von Wegen durch Radfahrende und Fußgänger*innen ist ebenfalls auf mögliche Konflikt- und Gefahrenstellen zu prüfen, um diese aufzulösen. Das Konzept der Velostraßen des ADFC in Bonn begrüßen wir und wollen die Umsetzung prüfen. Mittelfristig ist die vierte Rheinbrücke (Ringstraße – Zweite Fährgasse) sinnvoll, um vor allem den Radverkehr sicherer und zügiger zu machen.
- Wir setzen uns dafür ein, die Mindestbreite von 1,50 Metern bei Gehwegen sicherzustellen im Sinne einer Verkehrsplanung, die alle Bedürfnisse berücksichtigt, insbesondere auch die von Fußgänger*innen.

- Wir wollen wegfallenden Parkraum im gleichen Zug durch Quartiersparken kompensieren. Dabei wollen wir alternative Parkmöglichkeiten schaffen und bei Neubauprojekten bedarfsorientiert private Stellplätze anmieten, um diese für Anwohner*innen zur Verfügung zu stellen. Die vorhandenen Parkraumkonzepte und die dadurch veränderte Parkplatzsituation werden wir im Austausch mit den Anwohner*innen evaluieren und, wo nötig, nachbessern. Eine solidarische Regelung beim Anwohnendenparken für Härtefälle, die knapp über dem Bonn- Ausweis liegen, wollen wir prüfen.
- Der Ausbau von Carsharing- und Mitfahrangeboten ist in den letzten Jahren gut vorangekommen. Wir wollen diesen fortsetzen, und dabei gleichermaßen stationsgebundene sowie Freefloating-Angebote ausbauen und noch mehr Zielgruppen erreichen.
- Wir setzen uns weiterhin für einen flächensparenden Aus- bzw. Neubau der A565 und der Nordbrücke ein.

Für eine Stadtverwaltung, die gute Arbeit sicherstellt

- Die Entscheidung über Sanierung oder Neubau des Stadthauses treffen wir auf Basis einer belastbaren Zeit- und Kostenprognose für beide Optionen. Zudem setzen wir uns für einen möglichst hohen Wohnanteil bei Sanierung oder Neubau des Stadthauses ein, um an zentraler Stelle möglichst viel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- Die Stadtverwaltung und städtische Unternehmen müssen eine Vorbildrolle als Ausbildungsbetrieb einnehmen und eine hohe Zahl von Ausbildungsplätzen sicherstellen, insbesondere in Berufsfeldern, die von Fachkräftemangel betroffen sind.
- Vielfalt bereichert ein Team und muss für uns Merkmal einer Verwaltung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Anteil der Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte kontinuierlich erhöht.
- Auch Frauen muss es offensiver ermöglicht werden, Führungspositionen in der Stadtverwaltung zu bekleiden. Dies kann u.a. durch Modelle von Jobsharing oder Führen in Teilzeit geschehen.
- Wir brauchen dringend eine Lösung, um den städtischen Beschäftigten weiterhin ein bezuschusstes Deutschlandticket zur Verfügung stellen zu können.
- Wir bauen Schulungsangebote für Mitarbeitende der Stadtverwaltung zur Vermittlung digitaler Kompetenzen aus.

Für ein Bonn, das starker Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort bleibt

- Bonn ist mit einigen produzierenden Unternehmen ein Industriestandort und soll es bleiben. Deswegen unterstützen wir die lokale Industrie bei der Transformation und prüfen Synergien zwischen Industrie und anderen kommunalen Handlungsfeldern, etwa

bei der Nutzung von industrieller Abwärme. Hierzu schaffen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften regelmäßige Austauschformate.

- Wir wollen unsere Gewerbeflächen erhalten und sie entsprechend der Bedürfnisse der Gewerbetreibenden weiterentwickeln.
- Wir steigern die Attraktivität der Bonner Innenstadt sowie der Bezirkszentren, und stellen gute Nahversorgungsangebote in den Stadtvierteln sicher. Das Innenstadt-Management braucht hier höhere Aufmerksamkeit in der Verwaltung. Wir fördern die Entstehung neuer Gastronomiebetriebe in der Innenstadt und den Stadtvierteln, gerade im Hinblick auf die Genehmigung von Außenplätzen. Wir schaffen mehr konsumfreie Aufenthaltsorte, um das Verweilen in der Innenstadt für alle Menschen möglich zu machen. Für einen dauerhaften Austausch über die Weiterentwicklung der Innenstadt etablieren wir einen Runden Tisch mit den Gewerbegemeinschaften.
- Wir wollen gute, tarifgebundene Arbeitsplätze für die Menschen in Bonn. Gewerbe und Handwerk wollen wir stärken und ihre Ansiedlung unterstützen. Wir setzen uns für ein kommunales Tariftreuegesetz ein.
- In Bonn wollen wir vormachen, wie Fachkräfteeinwanderung in Deutschland gelingen kann. Wir schaffen eine Willkommenskultur. Im Dialog mit den Arbeitgeber*innen wollen wir in der Verwaltung einen Welcome-Hub schaffen. Hier sollen Unternehmen Unterstützung bekommen, um Fachkräfte im Ausland zu gewinnen, aber auch zukünftige Bonner*innen Unterstützung erhalten, um in Bonn anzukommen. Das Bonner Ausländeramt muss so aufgestellt werden, dass die Verfahren schnell und unkompliziert abgeschlossen sowie unnötige Schleifen und lange Wartezeiten vermieden werden. Dafür werden wir sicherstellen, dass auch hier ein Terminbuchungsportal eingerichtet wird, um schneller und unkomplizierter mit dem Amt in Verbindung zu treten.
- Wir sind stolz darauf, dass Bonn weiterhin das zweite bundespolitische Zentrum Deutschlands bleibt. Der Bonn-Vertrag soll den bundespolitischen Standort weiter stärken und seine Umsetzung muss oberste Priorität haben. Hierzu müssen auch in der Stadtverwaltung, beim Flächenmanagement oder dem Bau von Betriebswohnungen verlässliche Ansprechstrukturen und ein schneller Dienstweg geschaffen werden. Ein regelmäßiger Austausch mit den Behörden und Ministerien sowie ihren Mitarbeiter*innenvertretungen ist Pflicht.
- Wir brauchen eine aktive Wirtschaftsförderung, die gemeinsam mit Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen den Standort jeden Tag weiterentwickelt. Ansiedlung und Erhalt von Handwerk, Gewerbe und Industrie wollen wir durch unkomplizierte Ansprechstrukturen in der Verwaltung mit sog. Verwaltungslotsen erleichtern. Wir setzen einen Masterplan Handwerk als kooperatives Instrument auf, in dem die Stadtverwaltung und die Handwerkskammer grundsätzliche Entwicklungsziele und konkrete Maßnahmen vereinbaren. Die Stadtverwaltung muss Bonn als Wirtschaftsstandort durch ihr Handeln aktiv unterstützen. Dafür ist es zwingend erforderlich, Verwaltungsprozesse effizienter und digitaler zu gestalten.

- Bonn ist Wissenschaftsstadt und wir stärken die Zusammenarbeit mit der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg sowie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn sowie allen regionalen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, damit alle gesellschaftlichen Bereiche vom Know-How der Wissenschaft profitieren können. Dazu wollen wir einen dauerhaften Austausch zwischen der Stadtverwaltung und den Hochschulen und außeruniversitären Forschung in Bonn etablieren.
- Auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Bonn und der Umgebung werden wir besser in die Kommunalpolitik einbinden, um z.B. innovative Lösungen bei der nachhaltigen Stadtentwicklung, städtischer Gesundheitsvorsorge und der Nutzung städtischer Daten für die digitalisierte Verwaltung zu entwickeln. Hierzu sind auch Auftragsvergaben möglich. Die Forschungseinrichtungen und Hochschulen sorgen ebenso wie Initiativen wie der DIGITALHUB Bonn und dem Cyber Security Cluster Bonn für ein hohes Potenzial innovativer Unternehmensgründungen. Wir werden Initiativen für Gründungen aus den Hochschulen unterstützen. Die Gründer*innen werden wir z.B. durch subventionierte Gewerbeflächen, Netzwerkveranstaltungen und einen privilegierten Zugang zu städtischen Aufträgen - wo möglich - unterstützen.

Für ein Bonn, das ein gutes Leben im Alter ermöglicht

Für uns als SPD Bonn steht fest: Ein gutes Leben muss für alle Menschen in unserer Stadt möglich sein – in jedem Alter. Gerade im Alter wünschen wir uns ein Bonn, in dem ältere Menschen dort leben können, wo sie sich zuhause fühlen – im vertrauten Umfeld, mitten in ihrer Nachbarschaft. Eine Stadt, in der sie sich einbringen können, in der Unterstützung leicht zugänglich ist und in der das Alter nicht als Last, sondern als bereichernder Lebensabschnitt erlebt wird. Deshalb rücken wir folgende Aspekte in den Fokus unserer Arbeit:

Für ein Veedel, in dem ein gutes Leben möglich ist

- Die Verfügbarkeit von Lebensmittelläden, Bankdienstleistungen, Postannahmestellen, Ärzte und Apotheken und eine gute Anbindung an Bus und Bahn sollen jedem Stadtteil gewährleistet sein.
- Zudem wollen wir Begegnungsstätten in allen Stadtvierteln schaffen, bei denen es vielseitige Freizeit- und Kulturangebote für Senior*innen gibt, die barrierearm sind. In diesen Begegnungszentren, die aus einer Mischung von Haupt- und Ehrenamtler*innen geleitet werden, wollen wir Sportmöglichkeiten oder einfach Treffpunkte draußen und drinnen sowie ohne Konsumzwang anbieten.
- Wir fördern eine soziale Quartiersentwicklung, die Möglichkeiten für gruppenübergreifende Kontakte schafft und sozialer Vereinsamung vorbeugt. Dabei wollen wir insbesondere vom Erfolg des rheinland-pfälzischen Projekts „Gemeindeschwester Plus“ lernen.
- Ebenso sehen wir das Projekt „Regensburger Nette Nachbarn“ als ein Vorbild für Bonn an, um das Leben in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich zu ermöglichen, nachbarschaftliches Engagement zu stärken und gute Anlaufstellen zu schaffen.
- Senior*innen die freiwillig auf ihren Führerschein verzichten, sollen für mindestens ein Jahr kostenlos ein Deutschlandticket erhalten.
- Zudem wollen wir das Rufbus- und Shuttle-Angebot erweitern, senior*innengerechte Carsharing- und Mitfahrangebote schaffen sowie Fahrdienste einführen und ausbauen.

Für Beratung, die in jedem Alter unterstützt

- Wir schaffen Informationsangebote über die lokal verfügbare Altenpflege und vernetzen die unterschiedlichen Pflegebereiche, um so passgenaue Pflegeangebote für alle Bedarfe ermöglichen zu können. Hierfür bedarf es dezentraler, umfassender und wohnortnaher Beratung für Senior*innen.
- Über diese Beratungsangebote müssen passenden Stellen hinreichend Informationen über Unterstützungsangebote und Pflegeleistungen ausgewiesen werden. Daher wollen wir, dass alle Menschen, die das Renteneintrittsalter erreichen, von der Stadt ein umfangreiches Informationsschreiben erhalten. Wir etablieren in diesem Zusammenhang u.a. Gemeinde-Lots*innen, die ältere Menschen beraten, die noch keine Pflege brauchen, aber Unterstützung und Beratung in ihrem aktuellen Lebensabschnitt.

- Die Beratungsangebote wollen wir auch auf pflegende Angehörige und baldige Rentner*innen ausweiten, um einen guten Übergang in die Rente zu ermöglichen.
- Dazu gehören auch Schulungsangebote zur Nutzung digitaler Medien für ältere Menschen sowie die Bereitstellung von technischen Geräten in Senior*innenzentren oder -einrichtungen sowie von kostenloser technischer Unterstützung.
- Wir wollen die Etablierung von sogenannten Verwaltungslots*innen zur Beratung und Hilfestellung von Senior*innen beim Ausfüllen von digitalen Anträgen und die Nutzung digitaler Anwendungen fördern sowie die “Bürgerkoffer” des Bürgeramtes in Senioreneinrichtungen einsetzen.

Für Wohnraum, der auch im Alter bezahlbar ist

- Um dies für alle Altersstufen zu gewährleisten, setzen wir uns für innovative und neue Wohnformen ein, indem wir generationenübergreifendes Wohnen in Bonn fördern werden.
- Mehrgenerationenhäuser stellen einen unverzichtbaren Teil der sozialen Infrastruktur dar und leisten darüber hinaus auch einen wichtigen Beitrag zum generationenübergreifenden Dialog. Die bereits vorhandenen Strukturen wollen wir dabei absichern und weiter ausbauen, wie das Projekt “Wohnen für Hilfe” des AStAs.
- Wir wissen, wie wichtig es ist, dass Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben können - auch im Falle einer Pflegebedürftigkeit. Wir setzen uns für altersgerechte, barrierearme und bezahlbare Wohnungen sowie für an Senior*innen angepasste Wohnformen und ein entsprechendes Umfeld ein. Dabei werden wir auch neue Wohnformen für Ältere fördern, damit diese möglichst lang selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können.
- Pflegebedürftigkeit darf kein Grund sein, die vertraute Wohnung verlassen zu müssen. Daher werden wir auch neue Projekte des betreuten Wohnens unterstützen und das Instrument der Pflegestützpunkte ausbauen.
- Wir wollen darüber hinaus die Zahl an stationären sowie Kurzzeit-Pflegeplätzen erhöhen und uns dafür einsetzen, dass ein weiteres städtisches Seniorenzentrum gebaut wird.

Für eine Gesundheitsversorgung die alle Bedarfe abdeckt

- Wir setzen uns für eine Aktualisierung des Pflegebedarfsplans ein. In den Pflegeeinrichtungen sollen dabei kultursensible Pflegeangebote geschaffen werden.
- Gleichzeitig müssen wir gewährleisten, dass sich Pflegekräfte das Leben in der Stadt leisten können, damit wir den Bedarf an qualifiziertem Personal auch decken können. In Bonn werden wir daher den Bau von Werkswohnungen für Pflegekräfte unterstützen.
- Um die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften zu erleichtern, wollen wir in städtischen Pflegeeinrichtungen ein Digitalisierungsprogramm einführen, um Arbeitsabläufe zu vereinfachen, aber auch um die Kommunikation (Videokommunikation) von Pflegenden,

den Pflegebedürftigen und den Angehörigen untereinander zu verbessern sowie um soziale Kontakte aufrechtzuerhalten.

Für Gesundheit, die für alle da ist

- Gesundheit beginnt dort, wo wir leben, wohnen und arbeiten. Wir möchten, dass alle Menschen in Bonn, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Einkommen, einen gleichberechtigten Zugang zu guter Pflege- und Gesundheitsversorgung haben.
- Wir setzen uns für barrierearme Anlaufstellen (Gesundheitskioske, -hubs, o. Ä.) ein, vor allem in sozioökonomisch benachteiligten Stadtbezirken. Sie bündeln Angebote aus den Bereichen Medizin, Pflege und sozialer Unterstützung. Gesundheitslotsinnen und -lotsen bieten Beratungen zu Gesundheitsfragen in mehreren Sprachen an und helfen dabei, sich im Gesundheits- und Pflegesystem zurechtzufinden, sei es bei Arztterminen, Pflegeberatung oder sozialer Unterstützung im Alltag.
- Wir unterstützen eine kommunale Gesundheitsplanung, die sich an den regionalen Bedarfen der Menschen, die in Bonn leben, orientiert.
- Wir wollen die Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung in Bonn langfristig stärken, die seit drei Jahren vom Verein „Der Anonyme Krankenschein Bonn e. V.“ geleitet wird. Der Verein setzt sich auch für den anonymen Krankenschein zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus ein.

Für ein Bonn, das uns zusammenhält

Wir wollen, dass Bonn eine Stadt ist, die alle Menschen im Blick hat, ihnen den Alltag erleichtert und die Lebensqualität erhöht. Deshalb setzen wir auf ein Sicherheitskonzept, das auf Prävention setzt und strukturelle Ursachen angeht, statt nur auf individuelles Verhalten zu zielen. Ein sozial gerechtes, flächendeckendes und barrierearmes Sportangebot mit besonderem Fokus auf der Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Engagierten. Eine Kulturpolitik, die Vielfalt sichtbar macht und alle Generationen erreicht. Kultur und Sport tragen zu einer lebenswerten Stadt bei. Wir wollen sie weiterhin zusammen denken und gleichermaßen weiterentwickeln. Wir wollen ein weltoffenes, solidarisches, inklusives, international und interkulturell vernetztes Bonn, in dem alle Menschen gleichberechtigt leben. Wir wollen eine sozialgerechte Klimapolitik.

Für eine Stadt, die sicher und sauber ist.

- In Bonn muss man sich überall sicher fühlen. Eine Stadtgesellschaft, an der alle teilhaben können, in der Menschen füreinander eintreten und sich engagieren, kann auf Probleme besser reagieren. Daher wollen wir bürgerschaftliches Engagement fördern, Informationsangebote erweitern und gemeinsam mit den Bonner*innen Maßnahmen für mehr Sicherheit entwickeln. Dabei setzen wir auf ein interdisziplinäres Konzept mit einem Fokus auf Prävention.
- Die Kooperation vieler unterschiedlicher Akteure ist dabei der Schlüssel. Der gesamte Gefahrenabwehrapparat, also u.a. Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Ordnungsamt, muss insbesondere mit Jugendhilfe, Schulen, Stadtplanung, Wirtschaft und Sozialträgern zusammenarbeiten. Wir wollen mehr gemeinsame Anlaufstellen von Polizei und Ordnungsamt, wie die Wache GABI (Gemeinsame Anlaufstelle Bonner Innenstadt), schaffen.
- Wir wollen die soziale Infrastruktur Bonns stärken. Teilhabe, Bildung und soziale Integration sind die beste Prävention gegen Kriminalität. Daneben setzen wir auf städtebauliche Prävention wie gute Sichtachsen, gut beleuchtete, helle Orte.
- Wir werden eine bedarfsgerechte Finanzierung des Opferschutzes und der -beratung vorantreiben, so dass Institutionen und Initiativen wie zum Beispiel Frauenhäuser langfristig und im vollen Umfang erhalten bleiben. Zudem setzen wir uns für die Weiterförderung des Projekts „wohnraumfinden“ ein. Darüber hinaus wollen wir einen städtischen Gedenktag für Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt etablieren. Mit der Einrichtung von Katastrophenschutzzentren und dezentralen “Katastrophen Leuchttürmen”, die bei Katastrophen jeder Art als Anlaufstellen für Bürger*innen in ihren Vierteln dienen, wollen wir neue Strukturen schaffen, die die Fähigkeit der Behörden und der gesamten Gesellschaft verbessern, Katastrophen zu bewältigen.
- Maßnahmen müssen regelmäßig auf ihre Wirkung überprüft und angepasst werden. Dazu braucht es klare Zieldefinitionen, Monitoringinstrumente und die Bereitschaft, aus Erfolgen wie aus Fehlern zu lernen. Insbesondere unsere exekutiven Strukturen, wie Feuerwehr, Rettungsdienst und Ordnungsamt müssen gut ausgestattet sein.

- Sicherheit darf nicht stigmatisieren oder diskriminieren. Maßnahmen müssen rechtsstaatlich, verhältnismäßig und auf Vertrauen ausgelegt sein – besonders im Umgang mit marginalisierten Gruppen. Dazu schaffen wir entsprechende Weiterbildungsangebote für die Beschäftigten des Ordnungsamtes und schaffen eine unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von Diskriminierung durch städtische Ordnungskräfte.
- Wir wollen die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt erhöhen. Dazu gehören:
 - die Einrichtung von weiteren, auch kleinräumigen grünen Oasen, in/an (?) denen Bäume oder Kübelpflanzen und Pflanzenbeete angesichts steigender Temperaturen für Schatten, Abkühlung, Luftverbesserung und Wohlbefinden sorgen,
 - die Einrichtung von mehr Sitzgelegenheiten oder Bänken, aber auch
 - die Aufstellung von mehr öffentlichen Mülleimern.

In diesem Zusammenhang steigern wir die Bekanntheit digitaler Dienste, über die überfüllte Mülleimer und -container gemeldet werden können. Wir werden uns für eine Interoperabilität von Mehrwegsystemen einsetzen und im Austausch mit der lokalen Wirtschaft für eine höhere Mehrwegquote werben.

- Wir wollen einen Ratsausschuss für Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und Katastrophenschutz gründen. So werden die unterschiedlichen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten an dieser Stelle zentral gebündelt.

Für ein Kultur- und Sportangebot, das alle erreicht

- Sport und Kultur bringen Menschen allen Alters zusammen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Bildungsgrad, der Hautfarbe oder Religion. Sie bilden den Kitt unserer Stadtgesellschaft.
- In Sportvereinen wird Integration erfolgreich gelebt. Wichtig ist die Leistung, der Respekt, die Fairness, die gemeinsamen Werte in der Gruppe. Daher ist die Bedeutung des Sports für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht zu überschätzen. Wir müssen aber auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen.
- Kultur ist ungeheuer vielfältig in Bonn: vom Beethoven-Orchester zur Pop- und Rockszenen, vom Städtischen Theater hin zu den freien Theatern und Kleinkunstabühnen, von den Büchereien, Kulturszenen, der Museumsmeile, der Volkshochschule bis hin zu Open-Air-Konzerten. All dies ist ein wichtiger Teil der Lebensqualität in unserer Stadt, dem Anspruch an eine internationale Stadt, den Wirtschaftsstandort und unverzichtbar für unser Zusammenleben.
- Der Rahmenplan Bäder mit einer dezentralen Bäderstruktur muss zügig umgesetzt werden. Wir wollen die Neuorganisation des Bäderbetriebs in einer eigenen Bäder-Gesellschaft organisieren, um Bau, Betrieb und Personal effizienter aufzustellen.. Oberste Priorität haben die Hallenbäder, hier fehlt mittelfristig Wasserfläche für Vereins- und

Schulsport. Wir setzen uns dafür ein, ausreichend Wasserfläche während der Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

- Wir wollen den Sportentwicklungsplan umsetzen und bei Bau und Sanierung von Sportanlagen und Sporthallen mehr Transparenz über eine klare Priorisierung der jeweiligen Maßnahme schaffen und dabei die Vereine und die Sportverbände einbeziehen. Der Sportpark Nord muss als zentrale Sportstätte Bonns saniert werden, ebenso wie die großen Hallen im Pennenfeld und im Wasserland. Wir stehen zum Bau einer Dreifachturnhalle in Beuel.
- Wir unterstützen die Umrüstung der Kunstrasenplätze auch weiterhin, auch im Hinblick auf die Ausstattung mit LED-Flutlichtanlagen und den Schutz vor Vandalismus, auch durch Zaunanlagen.
- Wir machen uns stark für inklusiven Sport und barrierefreie Sportstätten. Als Sitz des Paralympischen Komitees soll Bonn ein Vorreiter für Inklusion im Sport werden. Wir streben an, auch weiterhin Austragungsort bedeutender inklusiver Sportveranstaltungen zu sein.
- Die rund 400 Bonner Sportvereine sind das Rückgrat unserer Sportstadt. Wir streben den Erhalt der Sportfördermittel auf stabilem Niveau an.
- Sportangebote müssen für alle zugänglich sein. Wir wollen besonders für Kinder, Jugendliche und Inhaber*innen des Bonn-Ausweises sowie der JuLeiCa und der Ehrenamtskarte die vergünstigten Eintrittspreise erhalten. In den Sommermonaten ermöglichen wir freien Eintritt für alle unter 18 Jahren in alle städtischen Schwimmbäder.

Für eine Kulturpolitik, die alle erreicht

- Wir wollen die städtischen Kultureinrichtungen weiterentwickeln. Wir unterstützen den gerade auf den Weg gebrachten Strukturreformprozess im Bereich der Darstellenden Kunst und Musik. Die freie Kulturszene wird in den Zukunftsprozess mit einbezogen. Das Ergebnis des Prozesses unter enger Zusammenarbeit von Theater Bonn, Beethoven-Orchester und Beethovenfest bilden das Fundament, auf dem wir entscheiden, wie wir unsere Institutionen aufstellen wollen und wie wir mit den Gebäuden verfahren.
- Wir wollen jungen Künstler*innen in Bonn mehr Möglichkeit für Präsenz geben und beispielsweise mehr Flächen für legale Graffiti-Kunstwerke zur Verfügung stellen. Das Konzept "Kunst im öffentlichen Raum" soll kein leeres Versprechen bleiben und bei Entscheidungen sollen alle Perspektiven mit einbezogen werden.
- Wir setzen uns für eine Stärkung der studentischen Kulturszene ein und wollen auch kleinere Kulturbetriebe ausreichend mit städtischen Mitteln unterstützen.
- Bei den städtischen Großveranstaltungen Pützchens Markt und Rhein in Flammen wollen wir die An- und Abreise in den eingerichteten Sonderfahrten kostenlos ermöglichen.

- Wir wollen sicherstellen, dass alle Gruppen in unserer Stadt mit den städtischen Kulturangeboten erreicht werden und städtische Großveranstaltungen barriereärmer werden. Wir wollen, dass jedes Kind frühzeitig in Kontakt mit Kultur kommt – durch kostenlose Museumsbesuche, die Bildungsprogramme unserer Stadtbibliothek, Theater- und Opernbesuche mit der Schulklasse oder Kita-Gruppe und über Programme wie JEKITS („Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“).
- Wir haben kostenreduzierte Kulturangebote – z.B. vergünstigte Eintrittspreise für Kinder, Jugendliche, Auszubildende, Studierende und Inhaber*innen des Bonn-Ausweises – eingesetzt und werden diesen Kurs fortführen. Die kulturellen Bildungsprogramme unserer Kultureinrichtungen mit Kindern und Jugendlichen, aber auch älteren Menschen, unterstützen wir.
- Das erfolgreiche Konzept “Kulturticket” des AstA der Universität Bonn wollen wir für alle jungen Menschen in Bonn übernehmen und Ihnen so einen spontanen Kauf von Restkarten für Kulturveranstaltungen zu einem geringen Preis ermöglichen.
- Wir begrüßen den Ausbau von Kooperationen wie zwischen dem Theater Bonn und dem Jungen Theater Bonn. Wir streben eine gute Finanzierung der freien Kulturszene an und wollen auch in diesem Bereich Antragsverfahren vereinfachen.
- Wir befürworten den Umzug der Gedenkstätte und des NS-Dokumentationszentrum in das ehemalige Kloster Maria Hilf in Endenich, damit am historischen Ort ein würdiger Ort der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes entstehen kann.
- Wir stehen für den Erhalt unseres Stadtmuseums und unterstützen den Umzug in die Räumlichkeiten der Stadtverwaltung in der Rathausgasse 7. Sollte sich ein weiterer Ort anbieten, sind wir offen für weitere Überlegungen. Eine Interimslösung darf nicht zum Dauerzustand werden.
- Wir unterstützen Projekte, die unsere Demokratie erlebbar machen, wie den Internationalen Demokratiepreis in Bonn. Die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure, die anlässlich des Jubiläums 75 Jahre Grundgesetz begonnen wurde, muss weiter ausgebaut und gepflegt werden. Wir befürworten den Aufbau eines regionalen Netzwerkes Demokratievermittlung und die städtische Nutzung des Palais Schaumburg.
- Wir unterstützen die Prüfung eines Forums für Exilkultur im Windeckbunker als Ort, der Vergangenheit und Gegenwart verbindet - gefördert von Bund und Stiftungen. Die UNO-Flüchtlingshilfe soll ein weiterer Partner sein. Dort soll Kunst und Literatur von Kulturschaffenden ausgestellt werden, die während der Nazizeit aus Deutschland fliehen mussten.
- Beethoven ist mehr als ein Name – er ist Chance und Verpflichtung. Mit dem Blick auf das 200. Todesjahr 2027 wollen wir Bonn als Zentrum für klassische und zeitgenössische Musik weiterentwickeln. Das Zukunftskonzept des Beethovenfestes sowie die Neuausrichtung der Beethoven-Stiftung als Inkubator für die innovative Beethovenpflege hat unsere Unterstützung – ebenso wie der Anspruch, internationale Kulturräume zu vernetzen und neue Zielgruppen anzusprechen. Wir stehen hinter dem

Beethovenhaus – kulturell und wirtschaftlich, als Bonner Touristenmagnet. Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung durch Bund, Land und Kommune ein.

Für einen Klimaschutz, der für alle bezahlbar bleibt

- Neue Herausforderungen bedürfen neue Wege - daher wollen wir eine krisenfeste Infrastruktur und verfolgen weiterhin das Ziel, dass Bonn so schnell wie möglich klimaneutral wird, entsprechend den bisherigen Beschlüssen.
- Der Ausbau der Fernwärme ist für uns ein wichtiger Bestandteil eine klimaneutrale, gemeinschaftliche Wärmeversorgung. Dazu senken wir Anschlusskosten, treiben den realistischen Netzausbau voran und nutzen Umweltwärmequellen sowie Abwärme der produzierenden Industrie.
- Die Stadt muss als Vorbild vorangehen. Daher wollen wir alle städtischen Gebäude mit Solaranlagen und ggf. weiteren Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien ausstatten, sanieren und auf klimafreundliche Wärmeversorgung umstellen. Energie soll wo immer möglich durch höhere Effizienz eingespart werden. Auch städtische Parkplätze sollen mit Photovoltaik überdacht und mit Ladesäulen für Elektroautos kombiniert werden. Für die Umsetzung der Modernisierung städtischer Gebäude werden wir mehr Ressourcen bereitstellen. Dabei fokussieren wir uns zunächst auf die städtischen Schulgebäude.
- Wir wollen Bonns Energieversorgung modernisieren und auf Erneuerbare Energien umstellen, um langfristig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Um die lokalen Erneuerbaren Energien wie Solar-, Wind- und Bioenergie (inkl. biogener Abfallstoffe) sowie Geothermie und Wasserkraft bestmöglich zu nutzen, streben wir eine Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis und weiteren benachbarten Kreisen an, um gemeinsam ein zukunftsfähiges Energiekonzept zu erarbeiten. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien durch die Stadtwerke fördern wir auch die Zusammenarbeit mit lokalen Bürgerenergie-Genossenschaften, und stärken damit gesellschaftliche Teilhabe. Auf Bonner Gebiet unterstützen wir die Errichtung kleiner Windkraftanlagen (Vertikalrotoren).
- Die Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Entsorgung müssen jederzeit gewährleistet werden. Dazu stärken und finanzieren wir die Stadtwerke so, dass sie die notwendigen Maßnahmen im Netzausbau ergreifen können.
- Wir wollen den Klimaplan zu einem Modernisierungsprogramm für Bonn weiterentwickeln. Er soll für die Bonner*innen sowie die in Bonn ansässigen Unternehmen und Organisationen einen konkreten und direkten Mehrwert schaffen. In diesem Prozess braucht es eine soziale Überprüfung des Klimaplanes: Wirkungsvolle Maßnahmen des Bonner Klimaplanes sollen weiterentwickelt und fortgeführt werden. Dabei sind alle Maßnahmen auf ihre Sozialverträglichkeit und Effektivität zu prüfen. Ineffektive Maßnahmen werden nicht fortgeführt, um wertvolle Ressourcen der Stadtverwaltung an anderer Stelle sinnvoller einzusetzen.

- Durch Starkregenschutz, der Umsetzung der Schwammstadt und baulicher Maßnahmen sowie Maßnahmen der Klimaanpassung und Stärkung des Katastrophenschutzes machen wir unsere Stadt resilienter gegen Starkwetterereignisse und andere Folgen der Klimakrise.
- Die bestehenden Naherholungsgebiete in der Stadt werden wir erhalten und klimaresilienter gestalten. Das Messdorfer Feld ist ein wichtiges Naherholungsgebiet, welches wir erhalten werden. Zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität wollen wir eine Entwicklung dieser Freifläche hin zu einem innerstädtischen Park prüfen, um die Fläche so langfristig als Naherholungsgebiet für den Bonner Westen zu erhalten.

Für ein Bonn, das weltoffen und international vernetzt bleibt

- Wir stehen für ein weltoffenes Bonn und ein tolerantes Miteinander. Jedweder Form der Diskriminierung, Ausgrenzung oder des Rassismus stellen wir uns entschieden entgegen. Wir werden konsequent Projekte fördern, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und für Demokratie und Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft stark machen. Wir stellen uns entschieden gegen rechte Gewalt und Aktivitäten. Jegliche Zusammenarbeit mit Rechtsextremen wie insbesondere der AfD schließen wir aus.
- Wir leben in einem reichen und friedlichen Land. Die eigene historische Erfahrung lehrt uns aber, dass wir solidarisch mit jenen sein müssen, die fliehen müssen. Solange in unserer Welt Gewalt und Vertreibung an der Tagesordnung sind, wissen wir um unsere Verantwortung und werden auch künftig bereit sein, Menschen in Not bei uns aufzunehmen und dabei zu unterstützen, dass sie Teil unserer Stadt werden. Instrumente wie die Bezahlkarte, die das Ankommen in unserer Stadt erschweren, lehnen wir ab.
- Wir wollen eine Koordinierungsstelle in der Stadtverwaltung schaffen, die für alle NGOs, die UN und andere international agierende Organisationen eine verlässliche Ansprechbarkeit garantiert. Zur Vernetzung der internationalen Akteure in Bonn richten wir eine geeignete Struktur ein und unterstützen die Gründung einer Stiftung "Internationales Bonn".
- Wir schaffen ausreichende Kapazitäten und Lösungen für muslimische Bestattungen, die nah bei den Communities angesiedelt sind.
- Wir setzen uns für mehr Begegnungsräume, einschließlich kultureller Veranstaltungen und Institutionen, soziale Beratung und präventive Projekte vor Ort ein, die die Teilhabe, das interkulturelle Zusammenleben und ein respektvolles Miteinander fördern.

Für eine Stadt, in der alle Menschen teilhaben können

- Wir berücksichtigen die Bedürfnisse aller bei der Stadtplanung und -gestaltung, etwa in Form von mehr beschatteten Sitzmöglichkeiten und mehr öffentlichen Toiletten und setzen uns für eine barrierearme Gestaltung ein. Wir werden sicherstellen, dass bei der städtebaulichen Gestaltung vielfältigere Perspektiven vertreten sind.

- Wir setzen uns für nutzungsoffene und flexibel gestaltete öffentliche Plätze ein, die eine Integrationswirkung ausstrahlen. Wir unterstützen generationenübergreifende Projekte wie den Reuterpark als "Ein Park für alle". Solche Angebote wollen wir ausbauen und prüfen, inwieweit auch Altenpflege und Kinderbetreuung örtlich verknüpft werden können.
- Wir führen ein freiwilliges Prüfsiegel für alle öffentlichen Einrichtungen und Gastronomien ein, welches Mindeststandards für Barrierefreiheit zertifiziert.
- Wir setzen uns für mehr öffentliche, kostenfreie Toilettenanlagen ein und prüfen dabei die Implementierung des Prinzips "Nette Toilette". Komposttoiletten sehen wir mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen in Bonn nur in Einzelfällen als Lösung.
- Der gesamte öffentliche Raum und öffentliche Gebäude, aber auch Parks und Erholungsflächen müssen barrierearm zugänglich sein. In den nächsten fünf Jahren wollen wir an allen erforderlichen Stellen in den Stadtbezirkszentren Bordsteinabsenkungen umsetzen. Wir wissen, dass besonders ältere Menschen und Menschen mit Behinderung weniger Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Hilfsangeboten vor Ort haben. Deshalb werden wir besonders auf die Barrierearmut im Umfeld von Anlaufstellen achten.
- In Anbetracht des voranschreitenden Klimawandels setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Bonn ein umfassendes Konzept zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen vor den Effekten von Hitzewellen erarbeitet. Dazu gehört, dass es genügend klimatisierte Gebäude gibt und auch Trinkwasser an allen öffentlichen Orten kostenlos zugänglich ist. Hierbei setzen wir vor allem auf wassersparende Anlagen mit Knopfdruck.
- Alle Verwaltungsleistungen müssen von Anfang an barrierearm konzipiert werden, um sie für möglichst alle Menschen, unabhängig von Alter, Gesundheit und Bildung nutzbar zu machen.
- Der ÖPNV muss in ganz Bonn den Bedürfnissen von mobilitätseingeschränkten Personen entsprechen. Wir wollen bis 2030 alle Straßen- und Stadtbahnhaltestellen barrierefrei umbauen, ebenso 90 Prozent der Bushaltestellen.
- Wir wollen auch, dass ausreichend Parkplätze für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zur Verfügung stehen (Arztpraxen, Banken usw.).
- Ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement ist der Grundpfeiler für unser zivilgesellschaftliches Leben. Zur Anerkennung und Förderung des Engagements der vielen ehrenamtlich Tätigen wollen wir uns für umfangreiche Vergünstigungskonzepte für Ehrenamtliche zum Beispiel in städtischen Einrichtungen oder im Nahverkehr einsetzen sowie die Ehrenamtskarte NRW und die Jugendleiter-Card stärken und breiter bekannt machen. Zudem wollen wir die bestehenden Strukturen der Freiwilligenagentur der Stadt Bonn nutzen, bekannter machen und ausbauen.

- Wir setzen uns für die Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch frühzeitige Unterstützung ein, etwa durch Sozialarbeit und Rechtsberatung, um Zwangsräumungen zu verhindern.
- Wir fordern die konsequente Umsetzung des “Housing-First”-Ansatzes, der wohnungslosen Menschen zunächst Wohnraum bietet, ohne Vorbedingungen. Erst dann können sie durch soziale und gesundheitliche Unterstützung nachhaltig stabilisiert werden.
- Wir wollen mehr kostenfreie öffentliche Toiletten zur Sicherstellung von Hygiene und die Umsetzung der bereits bewilligten und finanzierten Schließfächer. Barrierefreiheit darf nicht gegen Obdachlosigkeit ausgespielt werden - beispielsweise bei der Anschaffung von Parkbänken.

Für ein Bonn, das funktioniert

Wir wollen eine moderne Verwaltung, die für alle da ist: schnell, transparent und bürger*innennah. Dies erreichen wir durch einen abgestimmten Mix aus analogen Angeboten und der weitreichenden Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen. So entlasten wir Mitarbeitende und schaffen bürger*innenfreundliche Zugänge. Eine starke Stadt braucht eine starke Verwaltung – effizient, gerecht und erreichbar für alle.

Demokratie braucht Beteiligung – und die darf keine Frage von Zeit, Alter oder technischer Ausstattung sein. Wir sorgen dafür, dass politische Teilhabe einfacher wird. Denn wer mitentscheiden kann, fühlt sich gehört – und das stärkt den Zusammenhalt.

Gute Finanzpolitik stellt die Menschen in den Mittelpunkt. Wir investieren gezielt in sozialen Zusammenhalt, Zukunftschancen und eine handlungsfähige Stadt. Statt pauschaler Kürzungen setzen wir auf Verantwortung und Gerechtigkeit.

Für eine Verwaltung, die digital und gut erreichbar ist

- Die Dezentralisierung der Stadtverwaltung mit Stärkung der Bezirksrathäuser ist ein Erfolg. Daher werden wir die Bürgerdienste in den Stadtbezirken erhalten und ausbauen.
- Wir wollen eine bürger*innennahe Verwaltung, die als Anlaufstelle gern wahrgenommen wird. Wir unterstützen deshalb die Einrichtung eines Verwaltungsbusses, der in die verschiedenen Stadtteile fährt, damit Bürger*innen Verwaltungsgänge auch wohnortnah erledigen können.
- Die Digitalisierung der Stadtverwaltung muss zur Chefsache werden. Wir setzen uns deshalb für eine koordinierende Stelle ein, die alle erforderlichen Maßnahmen und Prozesse steuert. Ziel ist es, das kommunale Prozessmanagement neu aufzustellen, Verwaltungsprozesse zu verschlanken und dezernatsübergreifend zu konzipieren sowie das Onlinezugangsgesetz (OZG 2.0) konsequent umzusetzen.
- Maßnahmen der Bundesregierung zur Entbürokratisierung und Digitalisierung sind unverzüglich auf eine Anwendbarkeit in die hiesige Verwaltungspraxis zu prüfen und möglichst umzusetzen.
- Die Themen Digitalisierung, Organisation und Transformation sollen künftig in einem ordentlichen Ausschuss des Stadtrats behandelt werden.
- Wir wollen Antragsverfahren deutlich vereinfachen und alle kommunalen Spielräume nutzen. Dabei setzen wir auch auf den Einsatz künstlicher Intelligenz zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen. Das Once-Only-Prinzip, das einmalige Angeben von Daten und deren Nutzung von anderen Stellen der Verwaltung mit dem Einverständnis der Bürger*innen, werden wir in Bonn vorantreiben. Fernziel sind digitale Antragsverfahren und ein Antrags-Tracking für alle städtischen Vorgänge, damit Bürgerinnen und Bürger jederzeit den aktuellen Bearbeitungsstand (z. B. beim Wohngeld) unkompliziert einsehen können.

- Bei der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen stärken wir die interkommunale Zusammenarbeit.
- Die Stadtverwaltung muss Notfallpläne für IT-Ausfälle entwickeln und ihre Systeme wirksam gegen Angriffe absichern.

Für Politik, die allen Mitsprache und Mitwirkung ermöglicht

- Wir erhöhen die Vereinbarkeit von Familie bzw. Care-Arbeit und kommunalem Ehrenamt, indem wir Sitzungszeiten planbarer machen und die digitale Teilnahme inklusive Abstimmungen ermöglichen.
- Wir regen Schulungsangebote zur Nutzung digitaler Medien an sowie die Bereitstellung technischer Geräte, zum Beispiel in städtischen Anlaufstellen.
- Wir fördern die Etablierung sogenannter Integrationslots*innen, die bei Bedarf beraten und beim Ausfüllen digitaler Anträge unterstützen.
- Wir wollen ein digitales Dienstleistungszentrum einführen.

Für eine Haushaltspolitik, die den Zusammenhalt sicherstellt

- Pauschale Kürzungen quer durch alle Bereiche, wie sie in der Vergangenheit vorgenommen wurden, gefährden die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.
- Wir wollen gezielt investieren, Wirkung für die Menschen erzielen und mehr Transparenz schaffen: Die Bonner*innen sollen nachvollziehen können, wofür Geld ausgegeben wird und wie sich Schulden und Vermögen der Stadt entwickeln.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Haushalt künftig früher beraten und möglichst bereits im Oktober des Vorjahres beschlossen wird. So kann die Verwaltung zum Jahresbeginn mit der Umsetzung geplanter Projekte starten. Dafür muss sie die Einbringung des Haushalts frühzeitig sicherstellen, um eine gute politische Beratung zu ermöglichen.
- Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen darf nicht weiter fortgeführt werden. Bund und Land müssen ihrer Verantwortung gerecht werden – wer Aufgaben überträgt, muss auch die nötigen Mittel bereitstellen. Wir werden weiterhin mit Nachdruck dafür eintreten, dass Bonn die Unterstützung erhält, die es braucht.

Für euch! Unsere Ziele für das junge Bonn

Unser Jugendwahlprogramm

Für genug Wohnraum

In Zeiten wachsender Wohnungsnot braucht es innovative und gerechte Konzepte für bezahlbaren Wohnraum – gerade auch für Auszubildende und Studierende. Wir wollen, dass junge Menschen in Bonn nicht länger um ein Dach über dem Kopf kämpfen müssen

Soziale Nachverdichtung und kreative Nutzung von Flächen

Nachverdichtung in bestehenden Wohngebieten muss sozialverträglich gestaltet werden. Dazu gehören neue Konzepte wie das Bebauen ausgewählter Parkflächen mit Stelzen, um darüber Wohnraum zu schaffen. Auch bei Neubauten wie Supermärkten muss gelten: keine neue Fläche ohne Wohnbebauung in den oberen Geschossen! So können dringend benötigte Wohnungen entstehen, ohne wertvolle Grünflächen zu versiegeln

Mehrgenerationenwohnen und Wohnungsgenossenschaften stärken

Mehrgenerationenhäuser fördern den sozialen Zusammenhalt und sollten verstärkt unterstützt werden. Wir fordern außerdem den Ausbau von Wohnungsgenossenschaften und die Stärkung der Wohnungsgemeinnützigkeit, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Wohnraum für Auszubildende und Studierende schaffen

Besonders junge Menschen in Ausbildung oder Studium brauchen bezahlbare Unterkünfte. Die Stadt muss Azubiwohnheime fördern und gemeinsam mit dem Studierendenwerk ein Konzept zur massiven Erweiterung der Wohnheimplätze erarbeiten. Zusätzlich schlagen wir eine Wohnbörse vor, in der Menschen mit großem Wohnraum Zimmer an junge Menschen untervermieten können

Für mehr Teilhabe durch gute Anbindung

Gute Mobilität ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe – und junge Menschen sind Hauptnutzer*innen des ÖPNV. Wir wollen ein Verkehrsangebot, das sicher, bezahlbar und jederzeit erreichbar ist.

Kostenloser Nahverkehr für U18

Mobilität darf keine Geldfrage sein. Wir fordern, dass junge Menschen unter 18 Jahren den ÖPNV kostenlos nutzen können.

Bessere Querverbindungen im ÖPNV

Die Taktung und Vernetzung müssen dringend verbessert werden. Wohn- und Arbeitsgebiete sollen besser verbunden sein – insbesondere in Randzeiten und in den äußeren Stadtteilen.

Schneller Neubau des Busbahnhofs

Der aktuelle Bonner Busbahnhof ist weder schön noch sicher. Viele Kinder und Jugendliche nutzen ihn täglich auf dem Weg zur Schule, zur Uni oder zur Arbeit. Wir begrüßen die

Neubaupläne der Stadt und fordern eine zügige Umsetzung unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Verkehrsteilnehmer*innen

Nachttaxen für sichere Heimwege

Für eine echte Mobilitätsgarantie auch nachts fordern wir geförderte Nachttaxen in allen Stadtteilen – besonders für Frauen und marginalisierte Gruppen, um sichere Heimwege zu gewährleisten.

Fahrradmobilität auch für junge Menschen ausbauen

Es braucht ausreichend Fahrradstellplätze vor Jugendeinrichtungen sowie Leihräder in Kindergrößen, um auch jungen Menschen das Radfahren zu erleichtern.

Für Bonn als Klimastadt

Junge Menschen sind besonders von den Folgen der Klimakrise betroffen. Deshalb muss die Stadt jetzt handeln, um ihre Lebensgrundlagen zu schützen.

Bonn als Schwammstadt

Regenwasser soll gezielt über Grünflächen, Fassadenbegrünung und durchlässige Oberflächen aufgenommen werden, um Überschwemmungen vorzubeugen und das Stadtklima zu verbessern.

Grüne Stadtflächen und alternative Begrünung

Wir setzen uns ein für Dach- und Fassadenbegrünungen, Urban Gardening, Pocket-Parks und Gemeinschaftsgärten. Schulhöfe sollen grüner werden, Parks und Wiesen jugendgerecht gestaltet. Diese Ansätze sind nicht nur klimaeffizient, sondern schaffen auch sozialen Austausch und Naherholungsräume.

Nachhaltige Großveranstaltungen

Großevents verursachen oft hohe Emissionen. Wir fordern klare Vorgaben zur CO₂-Neutralität, u. a. durch wiederverwendbare Materialien, Ökostrom und nachhaltige Mobilitätskonzepte. Nachhaltigkeit muss bei der Flächenvergabe für Events verbindlich berücksichtigt werden.

Für moderne Schulen

Unsere Schulen müssen Orte sein, an denen Lernen Freude macht – in Gebäuden, die gut ausgestattet, digital und klimafreundlich sind.

Sofortprogramm für Schulsanierungen

Marode Schulgebäude müssen endlich saniert werden – mit Mitteln aus dem Sondervermögen des Bundes. Auch die Reinigung, insbesondere der sanitären Anlagen, muss gesichert sein – auf einen Solidarbeitrag der Eltern darf es nicht ankommen! Damit garantieren wir, dass alle Schüler*innen unabhängig von der sozioökonomischen Situation des Elternhauses in der Schule einen Ort haben, den sie gerne besuchen und verstärken die Bildungsqualität an Bonner Schulen.

Digitale Infrastruktur ausbauen

Alle Schulen benötigen moderne IT-Ausstattung, stabiles Internet und funktionierende Netzwerke. Digitale Bildung darf nicht an der Technik scheitern. Politische Inhalte müssen an Schulen online zugänglich sein.

Nachhaltiges Bauen

Schulgebäude sollen energieeffizient und unter Einbezug erneuerbarer Energien sowie ökologischer Baumaterialien nachhaltig saniert und ausgebaut werden.

Für die Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit

Niemand sollte auf der Straße leben müssen. Bei jungen Menschen fällt Wohnungslosigkeit jedoch oft weniger auf - besonders bei jungen Frauen.

Housing-First-Ansatz

Wir fordern die konsequente Umsetzung des „Housing-First“-Ansatzes, der wohnungslosen Menschen zunächst Wohnraum bietet, ohne Vorbedingungen. Erst dann können sie durch soziale und gesundheitliche Unterstützung nachhaltig stabilisiert werden. Daneben fordern wir ein spezielles Obdachlosenheim für junge Frauen.

Präventive Maßnahmen stärken

Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch frühzeitige Unterstützung, etwa durch Sozialarbeit und Rechtsberatung, um Zwangsräumungen zu verhindern.

Öffentliche Räume freundlicher gestalten

Wir wollen eine Ausweitung der Duldung für Schlafplätze im öffentlichen Raum und diese Duldungen an Wetterverhältnisse anpassen, statt an der Monatsregelung festzuhalten. Wasserspender sollten vermehrt und gut zugänglich aufgestellt werden und Leerstand soll bspw. als Wärmeraum zugänglich gemacht werden. Wir wollen mehr kostenfreie öffentliche Toiletten zur Ermöglichung von Hygiene und die Umsetzung der bereits bewilligten und finanzierten Schließfächer. Barrierefreiheit darf nicht gegen Obdachlosigkeit ausgespielt werden – beispielsweise bei der Anschaffung von Parkbänken.

Für junge Kultur in Bonn

Kultur braucht Räume, in denen junge Menschen sich ausprobieren, ausdrücken und organisieren können.

Kulturzentren und Freiräume schaffen

Wir setzen uns für den Erhalt und die Schaffung von Orten für junge Kultur ein, z. B. Clubs, Ateliers und alternative Veranstaltungsräume – inklusive queerer (Jugend-)Zentren. Wir wollen die Möglichkeit schaffen in Freibädern Partys zu veranstalten.

Jugendprojekte fördern

Graffiti in Unterführungen, Ausstellungen junger Künstler*innen an Bahnhöfen oder eigene Festivals – dazu gehört eine stärkere finanzielle Förderung für Off-Kultur, Subkultur und kreativer Jugendprojekte.

Niedrigschwelliger Zugang zu Kunst und Kultur

Freie oder stark vergünstigte Tickets für junge Menschen und einkommensschwache Haushalte. Das AStA-Kulturticket soll auf alle unter 25 ausgeweitet werden. Außerdem wollen wir ein Kultur-Bonusheft zum 18. Geburtstag – analog zum Willkommenspaket für Neuzugezogene

Für Sport und Freizeit

Kinder und Jugendliche brauchen Räume, um sich auszupowern, Sport zu treiben und gemeinsam Freizeit zu verbringen. Die Stadt muss diese Angebote sichern und ausbauen

Sporthallen und -plätze sanieren

Schul- und Vereinssport darf nicht ausfallen, weil Hallen in schlechtem Zustand sind. Wir fordern schnellere Sanierungen und Neubauten.

Sommerurlaub zu Hause

Nicht alle Familien können sich Urlaube leisten. Deshalb sollen alle Kinder und Jugendlichen in Bonn während der Sommerferien kostenlos ins Freibad gehen können.

Sport- und Spielboxen

In Parks und auf Spielplätzen sollen sich junge Menschen unkompliziert per App Sportgeräte wie Fußbälle, Frisbees oder Tischtennisschläger ausleihen können.

Für mehr Demokratie und Mitbestimmung

Jugendliche haben das Recht, mitzureden und mitzugestalten – nicht irgendwann, sondern jetzt.

Mehr Jugendbeteiligung

Kinder und Jugendliche sollen bei allen wichtigen Verkehrsthemen und Stadtentwicklungsfragen beteiligt werden. Es braucht ein Beteiligungskonzept, das ihre Ideen aufnimmt und umsetzt.

Demokratieprojekte fördern

Fördermittel für Projekte in der Jugendarbeit, die demokratische Werte vermitteln und Beteiligung ermöglichen.

JuleiCa-Inhaber*innen stärken

Freier Eintritt in städtische Einrichtungen für alle mit Jugendleiter*in-Card – als Zeichen der Wertschätzung.

Zuschüsse einfach beantragen

Digitale, unbürokratische Verfahren für Projektgelder und Förderungen.

Kostenloses Abendessen in Jugendeinrichtungen

Damit Jugendzentren auch soziale Orte bleiben, wo niemand hungrig sein muss.